



ÖSTERREICHISCHER SENIOREN-KONGRESS 2008

**„ Auf Zukunftskurs -
die Offensive 60plus “**

**DIE BEITRÄGE DER
„DENKWERKSTATT“-ARBEITSGRUPPEN**

Dienstag, 28. Oktober 2008, 10 bis 16 Uhr

RAIFFEISEN FORUM

1020 Wien, Friedrich Wilhelm Raiffeisen-Platz 1

WIR DANKEN

**Raiffeisen in Wien
Meine BeraterBank**



**Raiffeisen
Wohn
Bausparen**

*FÜR DIE
UNTERSTÜTZUNG!*

INHALTSVERZEICHNIS

SEITE:

BEITRAG VON ARBEITSKREIS 1	3
„PFLEGE UND BETREUUNG ALS GRUNDRECHT DER SOZIALEN SICHERHEIT“	
BEITRAG VON ARBEITSKREIS 2	8
„DER ÄLTERE MENSCH IM ARBEITSLEBEN: ERWERBSARBEIT - FREIWILLIGENTÄTIGKEIT - EHRENAMT“	
BEITRAG VON ARBEITSKREIS 3	15
„DIE SELBSTBESTIMMTE UND SINNERFÜLLTE GESTALTUNG DES EIGENEN LEBENS: FREIZEIT VERSUS FREIE ZEIT - VERANTWORTUNG FÜR DIE EIGENE GESUNDHEIT - PRÄVENTION“	
BUCH „DIE FREIHEIT HAT KEIN ALTER“ ZUM KONGRESS-SONDERPREIS!	23
BEITRAG VON ARBEITSKREIS 4	24
„EUROPA - EIN AUFTRAG AN UNS SENIOREN?“	
BEITRAG VON ARBEITSKREIS 5	29
„ORF - QUO VADIS?“	
IMPRESSUM	35
SENIORENBUND INFO SERVICE „SIS“ ABO-AKTION !	36

- Gute und starke ambulante Strukturen sind wichtig. Es sind die notwendigen Voraussetzungen für die Pflege und Betreuung zu Hause zu schaffen.
- Menschen mit individuell angepasster ambulanter Unterstützung können ihr Leben lange daheim bewältigen.
- Die Familienangehörigen sind bei der Pflege und Betreuung so zu unterstützen, dass sie ihren Beitrag leisten können, um ihren pflege- und betreuungsbedürftigen Angehörigen ein Leben zu Hause zu ermöglichen.
- Die Priorität der ambulanten Pflege und Betreuung vor der Unterbringung in Heimen ist auch in Zukunft zu gewährleisten.
- Heime können nie zur Gänze ersetzt werden. Auch bei bestem Ausbau der ambulanten Strukturen werden Heimunterbringungen weiterhin notwendig sein. Die Heime sollten möglichst offen gestaltet werden, sodass es zu einer Vernetzung der Heimunterbringung mit der ambulanten Pflege und Betreuung kommt.
- Dies sollte zumindest im personellen Bereich angestrebt werden. Die Pflege- und Betreuungskräfte könnten dann durch eine koordinierte Einsatzplanung sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich tätig sein. Dies würde einen gleitenden Übergang ermöglichen, wenn Personen, die zu Hause gepflegt und betreut wurden, in die Heimbetreuung wechseln. Die Selbständigkeit der einzelnen Träger soll dadurch nicht ange-tastet werden. Die Finanzierungsströme müssen transparent bleiben. Die Vernetzung der Dienste soll allerdings dazu beitragen, Synergien bei der Pflege und Betreuung durch gegenseitige Information, Aushilfe und Ergänzung zu nutzen.
- Pflege und Betreuung sind keine Leistungen, die im Rahmen der Sozialhilfe zu erbringen sind. Daher ist bei deren Finanzierung eine klare Trennung von der Sozialhilfe zu ziehen. Pflege- und hilfsbedürftige Menschen dürfen nicht zu Sozialhilfe-Empfängern degradiert werden.
- Die Leistungen von Familienangehörigen und familienfremden Personen sind im finan-ziellen Bereich gleichwertig zu unterstützen.

ORGANISATION UND FINANZIERUNG VON PFLEGE UND BETREUUNG

Pflege und Betreuung werden derzeit aus den Budgets des Bundes, der Länder und der Ge-meinden finanziert. Das wichtigste Instrument ist das Pflegegeld. Im Jahre 1993 wurde die-ses bedarfsgerecht,

vermögens- und
einkommensunabhängig
sowie unbürokratisch eingeführt.

Der Entscheidungsspielraum zur Festlegung der adäquaten Pflege und Betreuung ist bei Gewährung dieser Zuwendung groß. Das Pflegegeld orientiert sich nicht an Sachleistungen, sondern ausschließlich am möglichen Pflegeaufwand, wobei nicht unterschieden wird, ob die Leistungen von Familienangehörigen oder von familienfremden Personen erbracht werden.

Das Risiko der Pflegebedürftigkeit trifft die gesamte Bevölkerung. Es ist dies ein weitaus größeres Risiko als noch vor einigen Jahren, und zwar wegen der steigenden Lebenserwar-tung und der gegenüber früher geringeren Möglichkeit der jüngeren Generation, für die Pfle-ge und Betreuung der Angehörigen zur Verfügung zu stehen. Das Risiko ist auch finanziell

bedeutend. Für derartige Risiken gibt es grundsätzlich die Möglichkeit der Abdeckung durch private Vorsorge oder im Rahmen der staatlichen Vorsorge (Sozialversicherung).

Für die Finanzierung gibt es Varianten: eine Art modifiziertes Kapitaldeckungsverfahren, bei dem die Prämien bei einem früheren Eintritt in das System niedriger als bei einem späteren wären (höheres Alter) und das bisher übliche Umlageverfahren. Wenn neue Finanzierungsmodelle sofort für Leistungen an alle Bedürftigen wirksam werden sollen, kommt nur das Umlageverfahren in Frage.

Die Finanzierung beider Varianten kann durch

Steuern und damit über das Budget,
Beiträge der Anspruchsberechtigten,
private Vorsorge über Versicherungen und Sparformen,
Sonderfinanzierungen, beispielsweise Fonds erfolgen.

Unter Berücksichtigung der momentanen Gegebenheiten wird die Ausweitung der Finanzierung der Pflege- und Betreuungsleistungen in erster Linie nur über das Budget und damit über Steuern möglich sein. Die Mittel für das Pflegegeld werden bereits derzeit auf diese Weise aufgebracht.

Die Einführung von Beiträgen, die jedenfalls einkommensabhängig sein müssten, scheint derzeit deswegen nicht realistisch, weil dies bei den Erwerbstätigen eine Erhöhung der Arbeitskosten und bei den Pensionisten eine spürbare Schmälerung ihrer Einkommen bewirken würde. Trotzdem wären bei einer Versicherungslösung Beiträge – etwa in Form eines Zuschlages zum bestehenden Krankenversicherungsbeitrag – wohl die systemkonformste Lösung.

Wenn die Unterstützungen an die pflege- und hilfsbedürftigen Personen wesentlich verbessert und erweitert werden sollen, so werden dafür auch Sonderfinanzierungen notwendig sein. Der Vorschlag, dafür Erlöse aus dem Verkauf oder Ertrag staatlicher Unternehmen zu verwenden, ist ein möglicher Denkansatz in diese Richtung.

Ein drittes Standbein für die Finanzierung bildet die private Vorsorge, ähnlich wie dies für die gesamte Versorgung im Alter notwendig ist. Diese sollte durch steuerliche Anreize ausgebaut werden.

Die Unterstützung der pflege- und betreuungsbedürftigen Personen kann in Form von Sachleistungen oder Geldleistungen erfolgen. Nach Angaben des Sozialministeriums bzw. aufgrund einer WIFO-Studie wenden die Gebietskörperschaften für die Pflege und Betreuung durch die öffentliche Hand rund 3,5 Mrd. € pro Jahr auf. Der Aufwand für Pflegegeld des Bundes und der Länder betrug im Jahre 2007 2,1 Mrd. €. Der Aufwand für Sachleistungen wurde für das Jahr 2007 aufgrund der WIFO-Studie mit einem Betrag von 1,4 Mrd. € geschätzt.

Seit der Einführung des Pflegegeldes wird das Geldleistungsprinzip favorisiert. Ähnlich der Krankenversicherung ist aber auch der Ausbau des Sachleistungsprinzips denkbar. Ausgehend vom sozialen Grundrecht auf Pflege und Betreuung könnten diese Leistungen mit den herkömmlichen Instrumenten der Sozialversicherung erbracht werden, ohne die Selbstbestimmung der betreuten Personen bzw. deren Familien zu gefährden.

Als Vertragspartner gegenüber den Sozialversicherungsträgern (beispielsweise Krankenversicherungsträgern) sowie gegenüber den Pflege- und Hilfsbedürftigen kämen diejenigen Personen und Institutionen in Betracht, die Leistungen derzeit erbringen. In diesem Fall müssten allerdings auch Familienmitglieder als Vertragspartner gegenüber den Versicherungsträgern akzeptiert werden.

Denkbar wäre auch eine Kombination des Geld- und Sachleistungsprinzips dergestalt, dass beispielsweise in den Pflegestufen I, II und III Geldleistungen gewährt werden und darüber Sachleistungen. Die Anspruchs-Voraussetzungen für Sachleistungen müssen möglichst klar formuliert und entsprechende Kontroll-Mechanismen vorgesehen werden.

Die Erweiterung und der Ausbau der Sachleistungs-Komponenten würde eine Integration in den Gesundheitsbereich nahe legen. Auch das Prinzip der **Finanzierung aus einer Hand** könnte gegenüber den Pflege- und Hilfsbedürftigen über die Sozialversicherungsträger umgesetzt werden. Es würde nur noch ein Leistungsträger für den gesamten Gesundheits- und Pflegebereich auftreten. Die Aufgabenteilung zwischen den Gebietskörperschaften ist dann allerdings neu zu verhandeln und wäre vermutlich problembeladen.

Auch bei Einführung des Sachleistungsprinzips könnte sichergestellt werden, dass der Pflege- und Hilfsbedürftige selbständig zwischen den einzelnen Leistungsanbietern frei wählen kann.

Darüber hinaus sind die zwischen den Leistungserbringern und den Versicherungsträgern abzuschließenden Verträge so zu gestalten, dass die unterschiedlichen Modelle, die in den einzelnen Bundesländern praktiziert werden, beibehalten und weiter entwickelt werden können. Die Einhaltung von Qualitätsstandards würde überdies besser gewährleistet werden können.

NOTWENDIGE STRUKTUREN FÜR DIE PFLEGE UND BETREUUNG

Das Angebot für Pflege und Betreuung ist vielgestaltig und sehr breit gestreut. Im Rahmen einer demonstrativen Aufzählung sind zu nennen:

- Mobile Dienste (i. d. R. durch gemeinnützige Institutionen, wie Caritas, Diakonie, Hilfswerk, Rotes Kreuz, Volkshilfe u. a.)
- Hauskrankenpflege und Pflegehilfe durch Träger der mobilen Dienste, Hauskrankenpflegevereine nach dem Genossenschaftsprinzip (Vorarlberg) oder Hauskrankenschwestern.
- 24-Stunden-Betreuung oder mehrstündige Betreuung zu Hause (Betreuungspools, selbständige Personenbetreuerinnen und -betreuer).
- Hospiz- und Palliativ-Dienste.
- Essen auf Rädern.
- Besuchs- und Begleitdienste (beispielsweise durch die Pfarrcaritas).
- Selbsthilfegruppen und Vereinigungen, die beratend tätig sind.
- Tagesbetreuung in eigens eingerichteten „Tagesstrukturen“.
- Urlaubspflege und Übergangspflege in Heimen.
- Alten- und Pflegeheime.
- Pflegewohngruppen, auch für Demenz-Kranke.
- Betreutes Wohnen.

Um den konkreten Einsatz der verschiedenen Dienste optimal zu gestalten, ist die Einrichtung einer regionalen **Koordinationsstelle für die sozialen Dienste** notwendig.

Ihre Aufgabe ist es, gemeinsam mit den zu Pflegenden oder zu Betreuenden, mit den Familien-Angehörigen, mit den Ärzten, mit den Hauskrankenschwestern, mit anderen Personen, die zur Einsatzleistung bereit sind und mit den verschiedenen institutionellen Anbietern auf privater, Gemeinde-, Sozialsprengel- und Landesebene eine zweckmäßige und der Situation angepasste Pflege und Betreuung zu finden.

WEITERE THEMENBEREICHE

Verschiedene Themen konnten nicht behandelt werden und sollen daher am Kongress diskutiert werden.

Dazu zählen

- Die Rolle der Geragogen und Lehrstühle für Geriatrie,
- neue Formen von Heimen,
- Demenz-Kranke,
- Zusammenwirken Krankenhaus – Pflege und Betreuung im ambulanten Bereich – Heime – institutionalisierte Pflege und Betreuung.

**„DER ÄLTERE MENSCH IM ARBEITSLEBEN:
ERWERBSARBEIT - FREIWILLIGENTÄTIGKEIT - EHRENAMT“**

Leitung: LAbg. Ingrid Korosec

TeilnehmerInnen: Dr. Irmgard Bayer
 Dr. Klaus Hecke
 Dr. Lindi Kalnoky
 Mag. Franz Karl
 BezR. Reg. Rat Kurt Kumhofer
 Dr. Wolfgang Tritremmel
 BezR. Hans Wolf

ZIELSETZUNG

Wir wollen unterstützen, dass sich ältere Menschen in unserer Gesellschaft positiv und aktiv einbringen können. Im Erwerbsleben oder in der Freiwilligenarbeit. Auch Zwischenstadien sind denkbar.

Die öffentliche Hand hat es bisher versäumt, hier entsprechende Unterstützung zu geben.

1. Ältere Menschen am Arbeitsmarkt

Die Verbesserung der Erwerbschancen Älterer ist eine der Herausforderungen der Gegenwart.

Einer der wesentlichen Gründe dafür ist das Älterwerden der „Baby-Boomer“. Die Zahl der Menschen im höheren Erwerbsalter wird nach den aktuellen Prognosen von Statistik Austria bis zum Jahr 2015 um etwa 300.000 und bis zum Jahr 2020 um fast 470.000 zunehmen.

	2006	2020
50- bis 54-Jährige	524.000	687.000 (+ 31 %)
55- bis 59-Jährige	501.000	672.000 (+ 34 %)
60- bis 64-Jährige	435.000	567.000 (+ 30 %)
Gesamt	1.460.000	1.926.000 (+ 32 %)

Parallel dazu wird die Zahl der Menschen im jüngeren Erwerbsalter sinken.

Derzeit sind in der Altersgruppe 55 bis 65 in Österreich ca. 40 % erwerbstätig (Quelle: Statistik Austria, Juni 2008). Das liegt noch immer deutlich unter dem Durchschnitt der EU (46 % in EU 15, 17. Platz bei den EU 27) und noch deutlicher unter dem Lissabon-Ziel (50 %), welches bis 2010 erreicht werden soll.

Wichtige Aufgaben, um die Erwerbschancen der Älteren zu verbessern:

- Vollbeschäftigungspolitik
- Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze in den Betrieben
- Ausbau des Gesundheitsschutzes und der betrieblichen Gesundheitsförderung
- Verstärkte Förderung von Weiterbildung und berufsbegleitendem Lernen
- Gezielte Arbeitsmarktpolitik zugunsten Älterer
- Abbau von Vorurteilen und Beseitigung von Altersdiskriminierung
- Reform der Altersteilzeit
- Einrichtung einer Wissenschafts- und Informationsplattform
- Bündelung der Aktivitäten in einem Nationalen Aktionsplan

Selbst, wenn es gelingt, rasch die erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Erwerbschancen in die Wege zu leiten, wird auch in Zukunft ein Teil der Älteren auf dem Arbeitsmarkt Probleme haben und auf öffentliche Unterstützung angewiesen sein. Neben den „normalen“ Leistungen der Arbeitslosenversicherung werden deshalb spezifische Unterstützungsleistungen für Ältere erforderlich bleiben (geförderte Altersteilzeit, Übergangsgeld, früherer Pensionszugang für SchwerarbeiterInnen, etc.).

2. Änderung der Rahmenbedingungen für ältere Menschen im Erwerbsleben

Abschaffung der Ruhensbestimmungen für die vorzeitige ASVG-Alterspension

Dafür gibt es ein ausgereiftes Konzept u.a. von Seniors4success. Das ist eine Plattform für ältere Menschen, ein Forum nach der Pensionierung, das wir unterstützen.

Personen, die die ASVG-Pension vorzeitig in Anspruch nehmen, dürfen zu ihrer Pension nur bis zur Geringfügigkeitsgrenze (2008: monatlich EUR 349,01) dazu verdienen. Überschreiten sie diesen Wert nur um einen Euro verlieren sie die gesamte Pension. Ein zusätzliches Einkommen zur Pension – egal in welcher Höhe - hat ab dem 65. Lebensjahr bei Männern und ab dem 60. bei Frauen aber keine Auswirkungen mehr auf die Höhe der ASVG-Pension.

Einige Gründe, warum diese Regelung sowohl gesamtwirtschaftlich als auch für die Betroffenen selbst als kontraproduktiv und extrem nachteilig angesehen wird:

- Der Standort Österreich braucht in Zukunft alle Talente.
- Die Erfahrungen der älteren Generation sind unverzichtbar.
- Der Pensionsantritt erfolgt in vielen Fällen unfreiwillig.
- Nicht alle, aber viele wollen weiterhin ihre Erfahrungen einbringen.
- Ältere wollen sich meistens flexibel und temporär betätigen.
- Unternehmen brauchen mit Flexibilität gekoppelte Erfahrung.

- Das Fachpotenzial der Älteren reduziert den Zuwanderungsbedarf.
- Die Abschaffung der Wegfallsbestimmungen finanziert sich quasi von selbst.
- Illegalität und Schwarzarbeit können verringert werden.
- Die Gesundheitskosten würden verringert werden.
- In der EU gibt es mehrheitlich bereits liberale Lösungen, die sogar einen Anreiz für längeres Arbeiten bringen.
- Es besteht derzeit eine krasse Ungleichheit vor dem Gesetz gegenüber Beamten.

Wir sind der Auffassung, dass die Vorteile der Abschaffung der Ruhensbestimmungen eventuelle vermeintliche oder tatsächliche Nachteile bei weitem überwiegen. Berufstätige ältere Menschen würden Sozialbeiträge zahlen, die Nachfrage beleben und damit das Sozialsystem sichern.

Weitere Senkung der Lohnnebenkosten:

Von der Entlastung älterer Arbeitskräfte durch die bestehende Lohnnebenkostensenkung (57+/60+) geht ein wichtiges Beschäftigungssignal aus. Dieser Entlastungsanreiz ist weiter auszubauen, damit Arbeitgeber ältere Arbeitskräfte entweder länger im Arbeitsprozess halten oder verstärkt ältere Arbeitskräfte aufnehmen. Die Altersschwelle für die Entlastung könnte weiter herabgesetzt werden (z.B. 50+ und progressive Entlastung bis 60).

Steuerliche Absetzbarkeit von betrieblichem Bildungsaufwand für Ältere:

Nach dem Beispiel anderer Staaten sollen die Bildungsaufwendungen von Unternehmen für ältere Arbeitskräfte (50+), an Stelle von derzeit 120% steuerlicher Absetzbarkeit generell 140% betragen. Das sollte zumindest befristet bis zu einer erfolgten Evaluierung gelten. Damit kann der Anreiz für Betriebe erhöht werden, ältere Arbeitskräfte stärker in den betrieblichen Bildungsprozess einzubinden.

Längerfristiges Ziel: Ablöse des Senioritäts-Prinzips beim Einkommen:

Längerfristig sind die noch bestehenden Biennalsysteme durch Bewertung von Qualifikation, Erfahrung, Kenntnis und Fertigkeiten zu ersetzen. Der bisherige Usus schadet den älteren Menschen mehr als er ihnen nützt. Dadurch kann vermieden werden, dass die Einkommenskurve überwiegend altersbedingt steigt. Denn das führt dazu, dass ältere Arbeitskräfte kostenmäßig nicht mehr attraktiv sind und ersetzt werden. Ältere Arbeitskräfte würden nach dieser Änderung nicht mehr in „Konkurrenz“ zu jüngeren „billigeren“ Arbeitskräften stehen, sondern sich mit ihren Fähigkeiten im Wettbewerb zu allen anderen, für eine bestimmte Tätigkeit ähnlich gut Qualifizierten, wieder finden.

Absetzbarkeit für persönliche Bildungsaufwendungen auch für „Pensionisten“:

Für die ältere Generation, die nicht mehr im Erwerbsleben steht, aber grundsätzlich bereit ist, in absehbarer Zeit wieder eine andere Tätigkeit auszuüben, sollte im Steuerrecht ebenfalls eine Absetzbarkeit für diese Ausbildung/Umschulung geschaffen. Beispiel: ein pensionierter Buchhalter möchte in der Altenbetreuung tätig werden.

Damit würde ein Anreiz geschaffen, dass das Arbeitskräftepotenzial der Älteren auch in Zukunft produktiv genutzt wird. (Heute können nur Frühpensionisten unter bestimmten Bedingungen eine Absetzbarkeit von Bildungsaufwendungen geltend machen.)

Flexicurity

Flexicurity ist ein neuer Ansatz, der in einer Arbeitswelt im Wandel für Arbeitskräfte und Arbeitgeber die Vorteile von FLEXibilität und SeCURITY (Sicherheit) nutzen will.

Die Europäische Union hat dazu gemeinsame Grundsätze (Ende 2007) festgelegt, um bei der Umsetzung der Lissabon Strategie mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen, die Arbeitsmärkte zu modernisieren und gute Arbeit zu fördern, indem durch neue Formen der Flexibilität und der Sicherheit die Anpassungsfähigkeit erhöht wird.

Dieser neue Ansatz hilft auch der älteren Arbeitskräftegeneration, aber nicht nur! Der Flexicurity Ansatz unterstützt einerseits Regierungen und andererseits Betriebe und Arbeitskräfte, die Veränderungen in der Arbeitswelt besser zu bewältigen und das Potenzial der Arbeitskräfte bestmöglich einzusetzen. Einerseits geht es um die flexiblere Gestaltung der staatlichen Rahmenbedingungen (Flexicurity-Beispiel: Statt Abfertigung alt, Mitarbeitervorsorgekasse, aktive Arbeitsmarktpolitik statt passiver Leistungen); andererseits geht es um mehr Veränderungsfähigkeit in Unternehmen und bei den Mitarbeitern selbst. Diese kann unterstützt und gefördert werden durch verstärkte und kontinuierliche Qualifizierungsmaßnahmen.

3. Lebensbegleitendes Lernen statt frühzeitigen Abschaltens

Lernen bis über die Grenzen der Pensionierung hinaus vermittelt den älteren Menschen Sinn und macht sie gleichzeitig fähig, am Leben aktiv teilzunehmen. Lebensbegleitendes Lernen statt frühzeitigen Abschaltens muss möglich sein.

Arbeit bietet Raum für Entwicklung und kann Gesundheit und persönliches Weiterkommen fördern, sofern der Arbeitsprozess nach humanen und ökologischen Gesichtspunkten gestaltet wird.

Älterwerden ist nicht nur Abbauprozess sondern auch ein Umbauprozess. Körperliche Ressourcen nehmen ab, geistige und soziale Ressourcen nehmen zu. Dies führt dazu, dass das Älterwerden mit einer Verbesserung der qualitativen Produktivität der Menschen verbunden ist.

Das Arbeitsvermögen bleibt dann erhalten, wenn die Arbeit die Möglichkeit zu persönlicher Produktivität gibt. Arbeitsprozesse mit rein funktionalen Tätigkeiten und hoher Monotonie mindern dagegen die Fähigkeit der älteren Menschen im Arbeitsprozess beizutragen und die Aussicht, ihren Verbleib im Arbeitsprozess zu erhalten.

Mögliche Maßnahmen und Beispiele dafür:

Prämierung von besonders generationengerechten Betrieben

Wir regen an, einen Preis für „generationengerechte Betriebe“ einzurichten. Ähnlich wie es schon Preise für familiengerechte Betriebe gibt. Der Ausdruck „generationengerecht“ ist bewusst gewählt. Wir wollen nicht, dass einzelne Betriebe sich auf ältere Arbeitnehmer „spezialisieren“, wir wollen erreichen, dass es ein natürliches Nebeneinander der Generationen in den Betrieben gibt, wo eben auch Platz und Sinn für ältere Arbeitnehmer geboten wird.

Die Politische Akademie soll Seniorenschwerpunkte bieten

Ausbau von Senior Experten Pools wie z.B. ASEP (Austrian Senior Business Experts Pool):

Die Idee der „Senior Experten“, wie beispielsweise von ASEP vertreten wird, sollte für größere Kreise der Älteren ausgebaut werden.

ASEP bietet interessierten Personen und Unternehmen oder Organisationen einen Expertenpool, eine Tätigkeitsbörse, etc.) Vielen Älteren kann damit eine Anlaufstelle geboten werden, die sie bei der Suche nach einer beruflichen Einsatzmöglichkeit unterstützt.

Beispiel aus der Praxis:

„Lifetime“ von Erste und Sparkassen

Alle MitarbeiterInnen können alle vier Jahre Seminare zur Persönlichkeitsentwicklung besuchen. Die Angebote werden auch gemischt für unterschiedliche Altersgruppen angeboten.

„Mit Elan in die nächste Lebensphase“: MitarbeiterInnen, die drei bis fünf Jahre vor der Pensionierung stehen, werden auf den neuen Lebensabschnitt vorbereitet. Loslassen, Wissensmanagement, das neue Leben rechtzeitig vorbereiten und planen.

Sicherstellen eines Basis-Know-how im EDV-Office-Bereich: Der Erwerb von Kenntnissen in Word, Excel und Power Point wird für alle MitarbeiterInnen, insbesondere für die MitarbeiterInnen 50+ angeboten.

Für Führungskräfte verpflichtende Workshops zum Thema „Generationsgerecht führen“. Es geht darum, Stärken und Schwächen in unterschiedlichen Lebensphasen zu erkennen und darauf bestmöglich zu reagieren.

Lernaufenthalte als alternative Lernform speziell für MitarbeiterInnen 50+.

Jobrotation für Mitarbeiter, die fünf bis zehn Jahre in derselben Funktion tätig sind. Ihre Flexibilität und Mobilität wird dadurch gesteigert.

Wenn viele diesem Beispiel folgten, wäre gewährleistet, dass reifere MitarbeiterInnen motiviert bis zu ihrem Pensionsantritt im Unternehmen arbeiten. Diese Mitarbeiterinnen werden sicherlich gerne und genau überlegen, ob nicht auch nach ihrer Pensionierung eine Mitarbeit im Unternehmen möglich sein wird.

Beispiel eines Unternehmers:

Dipl.-Ing. Otto Bernard, Tirol

Dipl.-Ing. Otto Bernard, Zivilingenieur – Unternehmen mit ca. 400 Mitarbeitern, international tätig in den Bereichen Industrie, Infrastruktur, Verkehr und Energie. Das Unternehmen hat Standorte in Tirol, Wien, Graz, München, Bukarest und Algier.

Es beschäftigt ältere MitarbeiterInnen, teilweise auch PensionistInnen auf Stundenbasis oder projektbezogen. Für den Unternehmer ist es wichtig, Vertrauen in ältere MitarbeiterInnen zu setzen.

Di Bernard ist überzeugt, dass sich Menschen mit dem Unternehmen und der Arbeit identifizieren können, wenn die soziale Kompetenz auch von den Führungskräften vermittelt wird, und es ist ganz entscheidend, älteren MitarbeiterInnen das Gefühl zu geben, gebraucht zu werden. Bernhard hatte unter anderem bewusst MitarbeiterInnen eingestellt, die aufgrund ihres Alters gekündigt worden waren und war dabei besonders von der hohen Motivation dieser Menschen beeindruckt.

4. Der besondere Wert und die neue Rolle von Freiwilligenarbeit und Ehrenamt

Pool der „Nachbarschaftshilfe“ ausbauen

Nachbarschaftshilfe und Freiwilligenarbeit werden ein immer wichtigerer Teil unserer Zivilgesellschaft und müssen daher unterstützt und ausgebaut werden. Unser System des Dienstleistungsschecks muss gerade für die Nachbarschaftshilfe besser bekannt gemacht werden. Damit können bis zu einem bestimmten Einkommen bestimmte Tätigkeiten legal und mit Unfallversicherungsschutz übernommen werden.

Es geht bei der Freiwilligenarbeit um eine produktive Verbindung von Leistung und Solidarität. Diese Herausforderung gilt in unseren privaten Lebenswelten, für die Sicherung der Sozialsysteme, aber auch für die globalen politischen und ökonomischen Fragen.

Um in Zukunft Leistung und Solidarität in Balance zu halten, sind viele Systeme herausgefordert. Dem Staat kommt es zu, für den Balanceakt Verantwortung zu übernehmen. Dazu muss er seine begrenzten Ressourcen möglichst effizient einsetzen und seine Gewährleistungsfunktionen verstärken.

Vorschläge:

Information und Motivation und ein Sicherheitsnetz sind bei der ehrenamtlichen Tätigkeit notwendig: Dazu gehören:

- Anreize zum Mitmachen (z.B. sichtbare Zeichen einer ehrenamtlichen Tätigkeit).
- Professionelle Werbung, um mögliche Ehrenamtliche anzusprechen.
- Aufwandsentschädigung, auch wenn sie nur gering ist.
- Spesenersatz (km-Geld, Fahrscheine, etc.).
- Versicherung (Unfall und Haftpflicht).
- Die Koordination mit anderen Hilfsorganisationen und den Gemeinden, um mit professionellen Beratern ehrenamtliche Mitarbeiter aufzufinden und zu motivieren.
- Der Staat muss optimale Voraussetzungen für das Ehrenamt schaffen, um die damit verbundenen Aktivitäten gut erfüllen zu können. Dazu gehören eine ausreichende finanzielle Vorsorge und entsprechende gesetzliche Grundlagen.

Neue kreative Ideen sind gefragt

Ein guter Ansatz ist der Vorschlag für eine Zeitbank 55+: „Ich brauche – ich biete“

Die Zeitbank 55+ fördert Nachbarschaftshilfe und gelebte Nächstenliebe unter Älteren. Ein erarbeitetes Zeitguthaben kann gegen andere Dienstleistungen eingetauscht werden. Angeboten wird ausschließlich Zeit, dabei gilt für jede Stunde das Prinzip der Gleichwertigkeit.

Im Vordergrund steht die Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität in der Nachbarschaft.

Mit der Zeitbank 55+ soll der Einzelne möglichst spät oder gar nicht kostspielige institutionelle Hilfe in Anspruch nehmen müssen und solange wie möglich in seiner vertrauten Umgebung bleiben können.

Dazu gibt es:

- Angebote auf der **Sachebene**: Alles was mit Haushalt, Tieren, Begleitung von Arztbesuchen, Hilfestellungen bei Schriftverkehr usw. zu tun hat.
- Angebote auf **Beziehungsebene**: Besuchsdienste; Lust auf bewegtes Leben: Spaziergänge, Walken, Kaffeetratsch, Kartenspiele.
- **Krankenhaus- und Heimbesuche**, jemand, der aufmerksam zuhört, Freude und Spaß am Leben.
- Angebote auf der **Sinnebene**: Gespräche, Impulse, Seminare zu zentralen Fragen des Lebens. Woher, wohin, warum, Wege aus der Sinnkrise, verzeihen können, dankbar sein, etc.

Eine Zeitbank 55+ oder 60+ kann eine wichtige und große Herausforderung für eine Seniorenorganisation bedeuten.

Mittel- bis langfristig gesehen wäre es die teuerste Lösung, sich den Herausforderungen einer alternden Erwerbsbevölkerung jetzt nicht zu stellen und dann in 10 bis 20 Jahren riesige – dann kaum mehr zu bewältigende – Probleme auf dem Arbeitsmarkt und auch bei der Finanzierung der Sozialsysteme zu haben.

**„DIE SELBSTBESTIMMTE UND SINNERFÜLLTE GESTALTUNG DES EIGENEN LEBENS:
FREIZEIT VERSUS FREIE ZEIT - VERANTWORTUNG FÜR DIE EIGENE GESUNDHEIT –
PRÄVENTION“**

Leitung: *Abg.z.NR a.D. Ingrid Turkovic-Wendl
 Prof. Mag. Peter Zellmann*

TeilnehmerInnen: *Mag. Heidi Khol
 Dr. Krista Schüssel*

Ingrid Turkovic-Wendl zu:

GESTALTUNG DES LEBENS

Ein Teil der Senioren hat mit diesem Thema bereits in der Jugend begonnen und sich für die unterschiedlichen Lebensabschnitte den passenden „Sinn“ geschaffen.

Die besonders Klugen nennen das: den Lebensbogen gestalten.

Das beinhaltet „**seine** Zeit zu erkennen“ – oder **alles hat seine Zeit**. Versuchen wir etwas unbedingt zu erzwingen, das aus physischer oder auch psychischer Sicht nicht mehr möglich ist, werden wir enttäuscht werden. Ein großes Thema in diesem Zusammenhang ist das **Loslassen**.

Sich von Tätigkeiten, Aufgaben lösen, für die man Jahrzehnte lang gerühmt wurde, ist kein einfacher Schritt. Gelingt es, seine Fähigkeiten einem Nachfolger, einer Nachfolgerin weiterzugeben, so haben wir der Gesellschaft – und letztlich auch uns – genützt.

Wichtig in diesem Zusammenhang: das Erkennen, was **mein** Leben schön macht. Das steht sicher nicht in der Zeitung, auch nicht im Werbeprospekt. Beobachten, wann mein Herz einen Luftsprung macht. Wann ich tiefe Freude und Zufriedenheit empfinde und was mir diesen Zustand zerstören kann. Nicht davon laufen vor den Empfindungen und auch mit den Schwächen „zufrieden“ sein. Ich habe mich dazu genauso „geplagt“, wie zu meinen Stärken.

Mit einem Wort: sich mehr und öfter freuen über sich selbst. Resultat: ein zufriedener Mensch ist toleranter, großzügiger und hat mehr Grund zum Lachen – vor allem über sich selbst.

Freizeit versus freie Zeit

„Jetzt mache ich nur mehr, was ich will, keiner kann mir mehr etwas vorschreiben, ich lass es mir nur mehr gut gehen.“

Dieser Ausspruch klingt nach totaler Freiheit, Unabhängigkeit und ist ein berechtigter Stoßseufzer nach jahrelanger Tätigkeit, die nicht immer nur geliebt wurde. Nach Befreiung von einem Druck, den man aushalten musste.

Das kann bestens funktionieren, wenn ich wirklich weiß, was mir gut tut. „Wer bin ich (geworden), wo steh ich und wo will ich hin?!“

Eine Gruppe der „arbeitsbefreiten“ Senioren versteht unter „Gutgehen“ lassen: **jetzt rühr ich mich nicht mehr, bin nur mehr faul und esse alles, was mir schmeckt.**

In Einzelfällen kann das erfüllend sein, in den meisten Fällen ist dieser Weg „füllend“ – körperlich – und geistig eine Einbahnstraße. „Füllmittel“ müssen dauernd gesteigert werden, um ein größeres Glücksgefühl empfinden zu können.

Ich habe viele Seniorinnen und Senioren kennen gelernt, die ihr Zeitpotential in den späteren Jahren aufteilen. Da ist die freie Zeit, die sie für sich beanspruchen: Sport, Unterhaltung, Kultur, Reisen, etc. werden genossen. Oder ein Studium endlich vollendet. Ein Teil des Tages ist für „die anderen“ vorgesehen. Betreuung, Pflege, Hilfe für andere in der Familie, für Freunde oder in Institutionen, die auf Freiwilligenhilfe nicht verzichten können, z.B. Hilfswerk, Altenheime, Sportverbände, Kulturvereine.

Diesen Senioren muss man keinen Rat für ihr Leben geben. Sie werden das richtige Gefühl haben, um für sich und **andere** da zu sein.

Verantwortung für die eigene Gesundheit.

Diese Verantwortung wird von Jahr zu Jahr größer. Frauen scheinen dabei mehr Disziplin und Mut zu haben. Vorsorgeuntersuchungen werden von Frauen öfter in Anspruch genommen als von Männern. Im Allgemeinen haben Männer öfter Hemmungen über ihren Körper zu sprechen und sich beim Arzt zu artikulieren. Sich über Brustkrebs zu informieren, ist kein Tabu mehr, sehr wohl aber über Prostatakrebs.

Viele Menschen haben in späteren Jahren die Beziehung zu ihrem Körper verloren. Ein Arzt meint dazu: „Ältere finden sich nicht mehr schön, daher wollen sie auch nichts für den Körper tun.“

Es gibt Gegenbeispiele:

Abgesehen von jenen, die das Glücksgefühl durch körperliche Bewegung von Jugend an kennen und es daher auch nicht missen wollen, gibt es Spätberufene:

Eine Bewegungsenquête für Menschen ab 55, die noch nie oder in den letzten 5 Jahren keinen Sport betrieben haben, sie wurden zu 8 Trainingseinheiten eingeladen. Betreut von wirklich gut ausgebildeten Übungsleitern. 2007 war das in 21 niederösterreichischen Gemeinden möglich, 2008 waren es schon 48 Gemeinden, die diese Idee umsetzten.

Neben den gesundheitlichen Erfolgen – „wir wissen nicht was eine Grippe ist, gehen bei jedem Wetter um 7 Uhr morgens eine Stunde Nordic Walken“ – kam aber vor allem auch der soziale Aspekt dazu. Man freut sich auf das Treffen, organisiert weitere Aktivitäten: Zum Beispiel „Mondwanderungen“ im Waldviertel – und schließt Freundschaften. Bei einer Abschlussveranstaltung habe ich über sehr muntere, selbstbewusste und gut bewegte Menschen gestaunt. Es ist vor allem dieses Selbstbewusstsein, die Portion Stolz auf sich selbst, die mir aufgefallen ist, und die Bereitschaft sich zu überwinden.

Ein wichtiger Hinweis für unsere Bewegungsfreiheit in den späten Jahren kommt aus der Physiotherapie:

Durch beruflich bedingte Fehllhaltung, kommt es zu Muskelverkürzungen und dadurch zu einseitigen Belastungen im Gelenksbereich. Durch gezieltes Dehnen des verkürzten Muskels kann so manche Operation vermieden werden.

Eine weitere Gefahr für unsere Gelenke, ist der Muskelschwund. Wenn ein Muskel nicht belastet und bewegt wird, verkümmert er. Das heißt er wird sichtbar weniger.

Nach Operationen können wir das genau sehen. Ein zu schwacher Muskel kann unsere Gelenke – Knie, Hüfte, Wirbelsäule – nicht mehr entsprechend unterstützen. Und das führt bald zu weiteren Komplikationen des Bewegungsapparates.

Ernährung : Lebensmittel statt Füllmittel! Aber wer tut das freiwillig, wenn das Schnitzel oft die größte Freude des Tages ist?

Prävention

Bei Veranstaltungen ging ich mit den 5 „L´s“ hausieren.
Die Zuhörer haben gern zugehört, der eine oder andere hat auch reagiert.

- LAUFEN Steht für Bewegung, die möglich ist.
- LERNEN Etwas Neues erfahren, erlernen.
Laut Studien werden dadurch auch neue Hirnzellen gebildet.
- LACHEN Kräftigt und entspannt Muskel und Herz.
- LOBEN Wir loben in Österreich viel zu wenig.
„Schmeicheln Sie mir unverhohlen, ich glaube Ihnen alles.“
Aufforderung eines sehr gescheiten Menschen . Es war nicht Kreisky.
- LIEBEN Sowohl die körperliche als auch die geistige Liebe –
wie Zuwendung, Anerkennung, Zuhören , Mithelfen –
öffnen unser Herz und machen rundherum glücklich.

Peter Zellmann zum neuen Denkansatz:

LEBENSSTIL UND LEBENSFREUDE

1. Die Ausgangslage einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik

Die Seniorenreform

Aus Rentnern werden „Trendner“

Nicht die Gesellschaft altert, sondern die Menschen werden älter. Die im Zusammenhang mit der dramatischen Erweiterung des Lebenszeitbudgets entstandene, neue, also quasi „vierte Generation“ zwischen 50 und 75 ist mit den Senioren der 70er und 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts nicht annähernd zu vergleichen. Relativierend anzumerken ist daher auch das Gerede von der (sich verändernden) Bevölkerungspyramide. Die „Pyramide“ ist Kennzeichen einer Entwicklungsgesellschaft. Die derzeit für 2050 in Aussicht gestellte Form einer „Tonne“, also die etwa gleiche Verteilung aller Altersgruppen ist Kennzeichen einer hoch entwickelten Gesellschaft mit hoher Lebensqualität und relativ gut verbreitetem und verteiltem Wohlstand. Diese positive Entwicklung bringt für eine Bürgergesellschaft wesentlich mehr Chancen als Risiken mit sich. Ein solcher Zusammenhang darf doch in der öffentlichen Diskussion nicht stets nur auf die Finanzierung öffentlicher Haushalte, bzw. des Renten- und Pensionssystems reduziert werden.

2. Grundlagenerfassung im Österreichischen Seniorenbund (ÖSB)

Im Rahmen der Tagungen der „Denkwerkstatt“ des ÖSB wurde die Idee diskutiert, die positiven Aspekte des „älter Werdens der Menschen“ in einem eigenen Arbeitskreis zu behandeln und in weiterer Folge dann in das Positionspapier des ÖSB einfließen zu lassen.

Diese Idee wurde aus dem Arbeitskreis „Weiterbildung“ heraus entwickelt und führte zu einer entsprechenden Beschlussfassung im Plenum am „Österreichischen Seniorenkongress“ im Verlauf der Tagung am 5.10.2007 in Laxenburg.

Während die anderen Arbeitskreise (5) ihren grundlegenden Entscheidungsfindungsprozess im Rahmen der „Denkwerkstatt“ bereits abgeschlossen haben, steht der neue Arbeitskreis „Lebensstil und Lebensfreude“ am Beginn eines Meinungsbildungs- und Beschlussfassungsprozesses. Die Landesorganisationen des ÖSB sollen eingeladen werden, in einer Auftaktveranstaltung (Tagesworkshop) die Grundlagen der weiteren Vorgangsweise sowie den Inhalt eines entsprechenden Positionspapiers zu diskutieren.

Als Grundlage dafür sollen nachfolgende, in den aktuellen Diskussionen der Denkwerkstatt angestellte Überlegungen in Form eines Denkanstoßes gelten.

Bisherige Beiträge und Resolutionen der Seniorenvertreter gingen vor allem von Problemen, Sorgen, Ängsten und Defiziten der älteren Menschen aus. Die Vorteile, die sich aus der Tatsache ergeben, dass Menschen älter werden, wurden eher ausnahmsweise und am Rande diskutiert. Der neu gegründete Arbeitskreis soll sich vor allem mit den positiven Aspekten dieser Entwicklung beschäftigen und daraus Schlüsse für eine moderne Seniorenpolitik ziehen. Diese sich daraus ergebenden, neuen Chancen für die Gesellschaft insgesamt werden plakativ in folgender Piktuation als Diskussionsgrundlage dargestellt:

- Nicht die Gesellschaft altert, sondern die Menschen werden älter.
- Das ist nicht nur nicht das gleiche, sondern bedeutet in vielen Zusammenhängen sogar das Gegenteil.
- Durch die Entwicklung des Lebenszeitbudgets ist eine neue dritte Generation zwischen 55 und 75 Jahren entstanden. Die traditionelle dritte Generation hat sich als vierte Generation im Anschluss daran und als die eigentliche Altengeneration gebildet.
- Die Menschen nehmen ihre (Lebens)Gewohnheiten mit ins „nächste“ Alter. Die heute 60 Jährigen sind mit jenen des Jahres 1980 nicht annähernd zu vergleichen.
- Für diese neue dritte Generation geht es nicht um „anti aging“ sondern um „pro aging“. Das bedeutet den gewonnenen Jahren mehr Leben zu geben (und nicht nur dem Leben mehr Jahre hinzuzufügen).
- Die Generationen 55plus sind informiert, aktiv und leistungsfähig wie keine vergleichbare zuvor. Ihr dreifaches Kapital – ökonomisch, kulturell und sozial – kann für die Gesellschaft von großem Nutzen sein. Entsprechende Rahmenbedingungen vorausgesetzt.
- Die Erwartungshaltungen dieser Generationen werden zu Qualitätskriterien auch für jüngere Generationen, weil sie auf meist konstruktiver Lebenserfahrung beruhend, auch als Basis für eine jugendlich-moderne Lebenseinstellung gelten können.
- Das politische und wirtschaftliche Geschehen in Europa hat sich besser als bisher wahrgenommen, der sich ändernden Altersstruktur anzupassen. Damit ist die Abkehr vom Jugendkult z.B. in der Werbung ebenso gemeint wie von der Reduktion der Diskussion um die demografische Entwicklung auf Finanzierung der Pensionssysteme und eventuell wachsenden Betreuungsbedarf.

Aus all diesen Punkten sind Folgerungen für die Lebenswelt der Generation 55plus für Beruf und Freizeit zu ziehen. Mit diesen Konsequenzen sollten wir die Rahmenbedingungen gestaltende Politik deutlicher als bisher konfrontieren:

- Im Berufsleben ist das Leistungspotential der älteren Menschen zu berücksichtigen. Viele arbeiten gerne länger, wenn die Arbeitsverhältnisse entsprechend angepasst werden. Bonus / Malus Systeme für länger / kürzer Arbeiten bei den Pensionen sind dabei ebenso zu berücksichtigen wie die Ansprüche an das konkrete Arbeitsumfeld. Der Widerspruch „für die Firma zu alt, für das Pensionssystem zu jung“, ist aufzulösen.
- Im Freizeitbereich ist viel besser als dies bisher der Fall ist, auf die Bedürfnisse der 55plus Generationen einzugehen. Im Medien-, Tourismus-, Sport-, Kultur-, aber auch im Weiterbildungsbereich sind spezielle didaktische Maßnahmen und Informationsgrundlagen zu beachten und daher zu entwickeln.
- Der Wirtschaft muss besser als dies derzeit der Fall ist klar sein, dass es sich bei den 55plus Generationen um einen Milliarden Euro Markt handelt, der eine besondere Beachtung jenseits des „Kukident Images“ wert ist.

Werden die Lebensstile der älteren Menschen besser beachtet und in verschiedenen Belangen des Alltags besser berücksichtigt, wird sich die wachsende Lebensfreude dieser Menschen als neues Produktivitätspotential einer neuen Leistungsgesellschaft erweisen.

Diese Entwicklung einzuleiten, zu definieren und politisch mitzugestalten ist Sinn, Zweck und damit Aufgabe des neuen Arbeitskreises.

Aus den Unternehmen, Institutionen, Vereinen und Verbänden wollen wir jene Manager und Funktionäre ansprechen, die mit uns ein Konzept auf der Basis der nachfolgenden Praxisüberlegungen erarbeiten wollen.

3. Der kurzfristige Ausblick

Einerseits haben viele älteren Menschen heute mehr Geld zur Verfügung als die meisten jüngeren. Das macht sie für die Wirtschaft insgesamt zwar immer interessanter, bedeutet aber auch eine immer höhere Erwartungshaltung in Sachen Qualitätsansprüche. Die Serviceleistung für Senioren, das konkrete Angebot muss sich dieser Entwicklung in vielen Lebensbereichen freilich erst anpassen.

Andererseits laufen aber gerade ältere Menschen Gefahr, den gesellschaftlichen Umbruch, die Zeitenwende nicht mitmachen zu können. Als so genannte Modernisierungsverlierer kommen diese Personen gerade in finanzieller Hinsicht leicht und unverschuldet unter die Räder. Für diese Gruppen setzen sich die Seniorenpolitik, und daher vor allem auch der Seniorenbund, seit einigen Jahren verstärkt ein.

Daneben muss es aber auch gelten, die neu entstehenden Interessen der ersten Gruppe, der sich aktuell entwickelnden 55+ Generation zu erfassen und zu vertreten. Im Gesamtrahmen der Denkwerkstatt des Seniorenbundes ist die Tätigkeit *dieses* Arbeitskreises daher *dieser* neu entstehenden politischen Aufgabe gewidmet.

Anhand von drei, in unserem Arbeitskreis vorerst exemplarisch ausgewählten, Beispielen sollen mögliche, praxisnahe Ansätze einer modernen Seniorenpolitik dargestellt werden.

3.1 Die Freizeit- und Tourismuswirtschaft als Nutznießer

Das Gerede von der „alternden Gesellschaft“ ist also eine irreführende Fehlinterpretation. Die Klärung dieses Missverständnisses ist zunächst vor allem für die Freizeit- und Tourismuswirtschaft besonders wichtig. Die so genannte „55 plus“ Generation ist Reise erfahren, aktiv und erlebnisorientiert wie keine Altengeneration je zuvor. Darüber hinaus verfügt sie über dreifaches Kapital: ökonomisch, kulturell und sozial zeigt sie manchen Jüngeren wo es lang geht.

Dienstleister, die Werbewirtschaft und vor allem Freizeit- und Tourismusanbieter, werden in Zukunft das Durchschnittsalter der Bevölkerung besser im Auge haben und sich insbesondere von der Dominanz des Jugendkultes in der Werbung verabschieden müssen.

Positiv interpretiert könnte man also festhalten: Die Senioren sind auch nicht mehr das was sie einmal waren. Das ist nämlich das wichtigste Kennzeichen der Lebensstile der „55 plus“ Generation. Lebens erfahren, informiert, mündig und kostenbewusst begibt sich ein großer Teil älterer Menschen auf Bildungs- Städte- und Eventreisen, werden Kultur-, Sport-, Weiterbildungs- und Wellness-Angebote genutzt.

So verzichten sie z.B. auch nicht auf den längeren Erholungsurlaub im Sommer: Aber Erlebnisorientierung, Aktivität und Abwechslung wird von ihnen genau so nachgefragt wie von den Jüngeren. Die heutigen Mitglieder des 55-plus-Klubs bleiben so unternehmungslustig wie sich ihr Lebensstil in den letzten beiden Jahrzehnten dynamisch entwickelt hat.

Sie werden auch zu berücksichtigen haben, dass es die älteren Menschen sein werden, die darüber bestimmen, was als Qualität zu gelten hat. Und die jüngeren Urlauber werden sich ihrem Qualitätsempfinden zunehmend anschließen.

- Von der Marktforschung zur Bedürfniserfassung,
- von den Zielgruppen zu den Alters-, Sozial- und Berufsschichten übergreifenden Erlebnisgruppen

sind dabei die zukunftsweisenden Leitlinien.

3.2 Herausforderung Bildung und Weiterbildung

Zu den positiven Aspekten der Bevölkerungsentwicklung ist eine deutliche Einschränkung zu machen. Die im vorigen Absatz kritisch angemerkte Jugendhörigkeit, als vielleicht unbewusst wirkendes, gesellschaftliches Phänomen, ist vor allem im Bereich der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien nachzuweisen.

Die digitale Spaltung der Bevölkerung ist bedauerliches Faktum geworden.

Ältere Menschen ab 55 nutzen den PC deutlich weniger als jüngere Menschen. Liegt die Akzeptanz und damit regelmäßige Nutzung dieser Medien in der Freizeit bei etwa 35% im Bevölkerungsdurchschnitt, bei sogar 60 % der jungen Erwachsenen, so fällt der Anteil bei den über 50 Jährigen auf 21, bei den über 65 Jährigen auf 7 Prozent.

Ähnlich sind die Verhältnisse bei der Verwendung von Internet bzw. Onlinediensten in der Freizeit: Von 25% Zuspruch im Bevölkerungsdurchschnitt steigt die Akzeptanz bei den 18 bis 24 Jährigen auf 44% und sinkt bei über 50 bis 64 Jährigen auf 16, dann auf 3 Prozent.

Die E-Mail Nutzung bestätigt dieses Bild: 26 / 41 / 14 / 5 Prozent Anteile lauten hier die Relationen.

Ganz falsch ist jetzt aber der übliche Schluss auf Modernisierungs*verweigerung* und Interesseselosigkeit der älteren Generationen. Fakt ist, dass es viel zu wenig didaktisch gut aufbereitete Lernangebote für Senioren gibt. Ist das im IT Bereich übliche „trial and error“ Prinzip des Kompetenzerwerbes bereits für junge Menschen nur bedingt tauglich, erweist es sich bei älteren Menschen als gänzlich unbrauchbar.

Auch in diesem Bereich gilt das vorher im Zusammenhang mit der Dienstleistungs-, Freizeit- und Tourismusangebote bereits nachgewiesene Potential. Wer die Technologieangebote in Hard- und Software „volksschuldidaktisch“ aufbereitet, sich mit Lernvoraussetzungen älterer Menschen vertraut macht, dem erschließt sich ein unglaublich großer Markt: Über 50 Prozent der älteren Menschen wären gerne bereit in die neuen Technologien der Wissens- und Informationsgesellschaft einzusteigen, wenn man ihnen einen für sie konzipierten Weg des Einstiegs und der Lernangebote ermöglicht!

Nur jede/r Zehnte über 50 Jährige lehnt einen Einstieg in die neuen technischen Möglichkeiten der Gesellschaft grundsätzlich ab. Dieses Potential gilt es im Interesse einer sich vollkommen neu formierenden Gesellschaft entsprechend zu nutzen. Dazu wäre es z.B. dringend nötig, die derzeit von der EU in Angriff genommene „Breitbandinitiative“ auch für die Senioren nutzbar zu machen!

3.3 Aufgaben für die Gesundheitspolitik

Nicht dem Leben mehr Jahre zu geben, sondern den Jahren mehr Leben ist ein oft strapaziertes Zitat im Zusammenhang mit einem zufrieden stellenden Älterwerden. Im Allgemeinen manifestiert sich darin freilich nicht mehr, als die festzustellende Erlebnisorientierung der Gesellschaft insgesamt. In vielen Untersuchungen wurde nachgewiesen, dass der wichtigste Lebenswert für die Menschen die Gesundheit ist (vor Familie, Freunden, Freizeit und Arbeit).

Der Wunsch nach körperlichem *und* geistigem „Fitbleiben“, der ganzheitliche Ansatz einer Körper-Geist-Seele Einheit hat längst alle Altersstufen, alle sozialen Schichten und beide Geschlechter ohne Unterschied erfasst.

Auf den Punkt gebracht: Die Sehnsucht nach „health and beauty“ ist ein gesellschaftlicher Trend der mittlerweile etwa 20 Jahre alt ist, die heute 60-jährigen also seit langem begleitet. Die heutigen 40-jährigen, demnächst die „best ager“ (!), haben diesen Lebensstil als LOHAS (life style of health and sustainability) um den Begriff der Nachhaltigkeit erweitert.

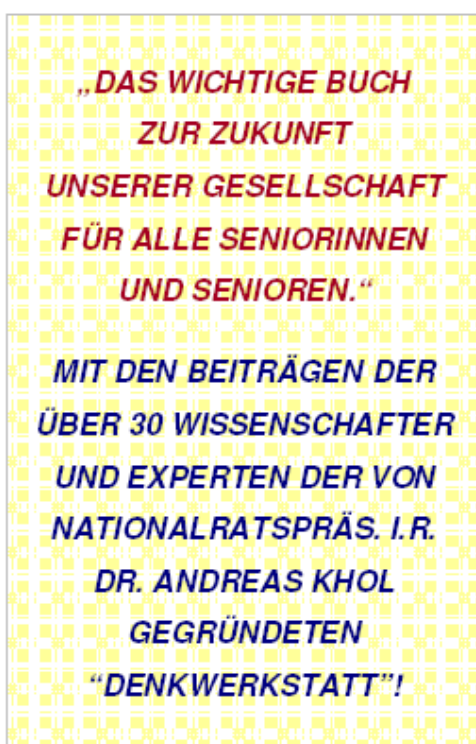
Nicht nur die Wellnessindustrie, sondern vor allem die Krankenkassen und Krankenversicherer müssen sich im Sinne eines präventiven Gesundheitsmanagements in ihrem Angebot verstärkt dieser wachsenden Zahl an Menschen annehmen, denen Eigenvorsorge nicht nur in finanzieller Hinsicht als Altersvorsorge wichtig ist.

Wie im Weiterbildungsbereich müssen die Fitness-, Wellness-, und Sportangebote viel besser an die tatsächlichen Bedürfnislagen der 50+ Generation angepasst werden. Dies gilt in inhaltlicher wie auch in finanzieller Hinsicht. Die älteren Menschen wollen weder klassische Kuraufenthalte noch Inline Skates mit Stützrädern, sondern Angebote die ihrem Lebensstil entsprechen: Ähnlich jung wie mit 40, aber erfahrener, vorsichtiger und daher anspruchsvoller.

**„DAS GROSSE BUCH
DER SENIORENBUND-
DENKWERKSTATT“**

**HEUTE AM SENIOREN-KONGRESS
ZUM SONDERPREIS**

VON NUR € 19,-!



SPAREN SIE GANZE 5 EURO!

**„EUROPA – EIN AUFTRAG AN UNS SENIOREN“
ERWERBSARBEIT - FREIWILLIGENTÄTIGKEIT - EHRENAMT“**

Leitung: BM a.D. MEP a.D. Dr. Marilies Flemming

*TeilnehmerInnen: CR Peter Bochska
Dir. Bot. Dr. Erich Hochleitner
LAbg. a.D. Mag. Franz Karl
Dr. Irmgard Bayer
GS Heinz K. Becker*

AUSGANGSSITUATION

Das dritte Jahrtausend ist durch vielfältige, sich rasant vollziehende Entwicklungen gekennzeichnet. Weltweite Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, und vor allem auch das Zusammenleben der großen Religionsgemeinschaften bringen große Aufgaben mit sich, die bewältigt werden müssen.

Die aktive Mitgliedschaft in der EU ist und bleibt für Österreich deshalb die bestmögliche Lösung,

- die Sicherheit seiner Bürger in einer unruhigen Welt zu garantieren,
- sein Wohlstandsniveau auch unter dem Druck der Globalisierung zu halten und zu erhöhen
- und damit auch Pensionen und Gesundheitssystem abzusichern.

Das Friedensprojekt EU steht für Jahrzehnte, in denen es im Europa der EU-Mitgliedsstaaten keine bewaffneten Auseinandersetzungen gab, sondern Konflikte am Verhandlungstisch bereinigt wurden.

Österreich konnte die Vorteile seiner EU-Mitgliedschaft und den Wegfall der Beschränkungen am Binnenmarkt voll nutzen: Mit jährlich 34.100 € Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner sind die Österreicher die viertreichsten EU-Bürger. Wir liegen an fünftbesten Stelle bei der Exportquote und der Arbeitslosenquote. Mit den Sozialausgaben je Einwohner rangiert Österreich am sechsten Platz der EU-Mitglieder.

Von 2000 bis 2006 erhielt Österreich mehr als 111 Millionen Euro aus den EU-Mobilitäts- und Bildungsprogrammen. Dadurch konnten 57.000 Schüler, Lehrlinge, Studenten, Lehrende und Auszubildende an Projekten teilnehmen. 283 Millionen Euro aus EU-Fonds sind zwischen 2000 bis 2006 in das Ziel 1-Gebiet des Burgenlandes, vor allem für die Verbesserung der Infrastruktur, geflossen (Zu den „Nettozahlungen“ ein Bericht im Anhang!).

Das Fallen der Grenzbalken im Zuge der Schengen-Erweiterung brachte, ebenso wie die Einführung des Euro, Reiseerleichterungen. Das EU-Schengen-System bringt Reisefreiheit in einem gemeinsamen Raum der Sicherheit. Seit dem 21. Dezember 2007 kann man ohne

Passkontrollen über die Landesgrenzen nicht nur nach Italien und Deutschland, sondern auch in unsere Nachbarländer Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn reisen.

Das computergeschützte Schengen-Fahndungssystem (SIS) ermöglicht eine hocheffiziente Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. 21 Millionen Fahndungsdaten bilden die Grundlage für europaweite Fahndungen, wie nach ausgeschriebenen Kriminellen, Waffen oder gestohlenen Dokumenten.

Die EU-Erweiterung um die Länder aus Mittel- und Osteuropa sowie Malta und Zypern brachte Österreich boomende Exporte und Rekord-Direktinvestitionen in diesen Ländern. Auch beim nun weltweit abflachenden Wirtschaftswachstum liegt Österreich besser als die meisten anderen Länder.

Auch wenn sich die Liste aus der positiven Bilanz der österreichischen EU-Mitgliedschaft lange fortsetzen ließe, können doch die Reibungsflächen, Irritationen und Krisen in der EU nicht übersehen werden:

Vom Problem des Transitverkehrs durch Österreich bis zum Stillstand bei der Ratifizierung des Reformvertrages von Lissabon. Dieser sieht zwar mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung vor, rückt also die EU näher zu den Menschen, wurde aber von den Iren in einer Volksabstimmung abgelehnt. Falsche Behauptungen über eine Änderung des irischen Steuersystems und die Einführung des Rechts auf Abtreibung fielen hier auf den fruchtbaren Boden wachsender Euro-Skepsis.

Nicht Europamüdigkeit, sondern nur aktives und kritisches Engagement in der Europäischen Union kann daher Ungereimtheiten, Ungerechtigkeiten und Missstände in der EU bekämpfen und weitere Verbesserungen für die Bürger erreichen. Deshalb will der Seniorenbund auf der Liste der Volkspartei einen Vertreter ins Europäische Parlament entsenden, um die Interessen der Senioren auch auf dieser europäischen Ebene wirksam zu vertreten. Wir müssen endlich erkennen, dass in erster Linie wir die Europäische Union sind und nicht die Institutionen in Brüssel.

Vor allem braucht die EU nach der Erweiterung um zwölf Mitglieder eine Phase der Konsolidierung. Nun gilt es, die Funktionsfähigkeit der Institutionen und die effiziente Entscheidungsfindung zu gewährleisten, damit die EU im Interesse ihrer Mitglieder und deren Bürger handeln kann. Die politischen Eliten dürfen nicht länger die alltäglichen Interessen und Ängste der Menschen ignorieren und die Entscheidungen in den Europäischen Institutionen von den Hoffnungen und Bedürfnissen der Bürger abkoppeln, sondern müssen ihre Motive und Absichten offen darlegen.

EUROPÄISCHE WERTE ALS ZUKUNFTSHOFFNUNG FÜR DIE GANZE WELT

Wesentliche europäische Werte, derer sich die moderne Kultur rühmt, sind dem Christentum entsprungen. Durch die Aufklärung wurden sie säkular, und so zur Basis moderner demokratischer Staaten.

Aus den bitteren Erfahrungen zweier Kriegsgenerationen haben sich die Völker Europas entschlossen, auf den Grundlagen gemeinsamer Werte eine friedliche Zukunft zu gestalten. Zu diesen Grundwerten gehören:

- die Würde des Menschen,
- das Recht auf Leben,
- Freiheit,

- Gleichheit,
- Toleranz und
- soziale Gerechtigkeit

Die Würde des Menschen ist unantastbar von der Entstehung des Lebens bis zum Tod, unabhängig von Nationalität, Rasse, Geschlecht, Alter oder Behinderung. Niemand darf der Folter unterworfen oder zur Todesstrafe verurteilt werden. Wir sind stolz darauf, dass es in der Europäischen Union keine Todesstrafe gibt.

Das Recht auf Freiheit umfasst Gedankenfreiheit, Gewissensfreiheit und Religionsfreiheit ebenso wie die Freiheit der Meinungsäußerung, der Informationsfreiheit, der Versammlungs- und Vereinsfreiheit, und der Freiheit von Kunst und Wissenschaft. Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit sind ebenso wenig verhandelbar wie die Freiheit der Kunst und Wissenschaft.

Alle Personen sind vor dem Gesetz gleich. Die Gleichheit von Mann und Frau darf in Europa nicht durch den Hinweis auf eine andere Kultur oder Tradition, oder gar durch den Verweis auf eine andere Religion verletzt werden. Eine weniger strenge Bestrafung eines „Ehrenmordes“ durch den Hinweis auf eine andere Kultur ist durch Gesetzesänderung unmöglich zu machen.

Wir fordern:

- Gesetzesänderungen, die die Einhaltung von Gleichheitsgeboten sicherstellen.
- Neugestaltung des Staatsbürgerschaftsunterrichtes, der in den Schulen stärker und deutlicher als bisher die historische Bedeutung der europäischen Union vermittelt. Friede, Sicherheit und Wohlstand in einer immer gefährlicher werdenden Welt von bald 10 Milliarden Menschen wird für die Europäischen Staaten in Zukunft nur durch eine enge und von gegenseitigem Vertrauen geprägten Zusammenarbeit möglich sein.
- Konfrontation in den Schulen mit Wertevorstellungen anderer Kulturen und Ausarbeitung eines Argumentationskataloges zur Verteidigung unserer europäischen Werte.
- Mehr Religionsunterricht und für jene ohne religiöses Bekenntnis ersatzweise verpflichtenden Ethikunterricht.
- Die Jugend Europas, die Jugend Österreichs, muss für ihre Wertvorstellungen offensiv eintreten. Dazu müssen sie argumentieren können, müssen für unseren Weg des Lebens werben können.
- Schüleraustausch auf breiter Basis.
- Offene Diskussionen über die Unterschiede in den drei großen Weltreligionen.
- Diskussionen mit NROs (Nicht-Regierungs-Organisationen, engl. NGO)
- Toleranz im Nebeneinander von Religionen und politischen Gruppierungen kann immer nur im Rahmen der Menschenrechte und der vollständigen Anerkennung der Verfassungen und der Grundwerte der einzelnen europäischen Staaten geschehen. Ein Abgehen von den tradierten europäischen Werten kann nicht toleriert werden. So kann es keine Toleranz gegenüber der Intoleranz geben.

Wir glauben, dass es zu den größten Herausforderungen der älteren Generation gehört, der nächsten Generation nicht nur unsere Werte im säkularen Modus zu vermitteln, sondern auch jenes glaubensstarke Christentum, aus dem diese Werte erwachsen sind.

Diese Erschließung des Christentums für die nächste Generation ist auch weltpolitisch längerfristig von höchster Bedeutung. Das Christentum steht in wachsender Konfrontation mit dem Islam. Das eine schwächt, das andere ist stark. Das eine zieht sich in die privatistische Unsichtbarkeit zurück, das andere ist öffentlich präsent. Das eine trennt Leben und Glauben, das andere schafft das nicht. Mit diesem Islam sind die großen Werte Europas nicht immer leicht zu verbinden. Wird also die Zukunft auf auch der Ebene der Religion entschieden?

UNSER BEKENNTNIS ZU EUROPA

Gerade die älteren Menschen, die den zweiten Weltkrieg oder jedenfalls die schlimmen Nachkriegsjahre erlebt haben, wissen, was ein geeintes Europa für Frieden, Freiheit, die Gleichheit, die Sicherheit, aber auch den Wohlstand und die Humanität bedeutet:

- Die Europäische Union stellt sicher, dass es in Europa keine Kriege mehr geben wird.
- Die Europäische Union sichert das europäische Lebensmodell, das von der Ökosozialen Marktwirtschaft geprägt ist.
- Die Europäische Union steht für Freiheit der Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Gedankenfreiheit, Religionsfreiheit, aber auch Versammlungs- und Vereinsfreiheit und Freiheit der Wissenschaft und Kunst.
- Die in der EU verankerte Gleichheit aller Personen schützt vor jeder Art von Diskriminierung, insbesondere aufgrund des Geschlechts, der Rasse, des Alters und der Religionszugehörigkeit.
- Die Sicherheit wird durch länderübergreifende verstärkte Zusammenarbeit erhöht.
- Erhöhung des sozialen Standards durch gegenseitige Anerkennung der Versicherungszeiten.
- Die Humanität drückt sich in der Toleranz und der gegenseitigen Respektierung anderer Lebensziele, Lebensgewohnheiten und Religionen aus.

Um die Akzeptanz der Europäischen Union zu erhalten und zu festigen, müssen demokratiepolitische Defizite abgebaut werden. Dem einzelnen Bürger müssen die Entscheidungen in Brüssel transparenter gemacht werden, bei wichtigen grundsätzlichen Entscheidungen müssen die Bürger die Möglichkeit der Mitbestimmung erhalten. Auch eine gerechtere Verteilung der finanziellen Lasten ist ein wichtiger Beitrag zu einer positiveren Einstellung zur Europäischen Union.

EUROPA DEN EUROPÄERN

Der Österreichische Seniorenbund setzt sich dafür ein, dass die EU ihre demokratiepolitischen Defizite so rasch wie möglich abbaut.

Die Bürger sind heute enttäuscht, dass weit reichende Entscheidungen ohne jede Mitwirkungsmöglichkeit des einzelnen Europäers getroffen wurden. Jede wichtige Entscheidung der EU muss den Bürgern zuerst nahe gebracht, in den einzelnen nationalen Staaten aus-

giebig diskutiert, und dann den Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, darüber zu entscheiden.

Alle europäischen und nationalen politischen Institutionen werden aufgefordert, den BürgerInnen mehr Information, mehr Diskussion und mehr Mitbestimmung in ihren Ländern möglich zu machen. Insbesondere ist die Gleichgültigkeit der nationalen Abgeordneten aufzuzeigen und darauf hinzuweisen, dass die Schuld an dem mangelnden Vertrauen der BürgerInnen in Europa nicht von „Brüssel“, sondern von den einzelnen nationalen Politikern zu verantworten ist.

Keine Erweiterung der Europäischen Union ohne Volksabstimmung

- Die Politik der EU, Vertiefung und Erweiterung gleichzeitig vollziehen zu wollen, hat sich als problematisch erwiesen.
- Die Vergrößerung der EU um ein so problematisches Land wie die Türkei bedeutet keineswegs automatisch eine Vergrößerung der Zone der Stabilität, sondern es ist umgekehrt, dass durch die geringer werdende Homogenität und die schwieriger werdende Identifizierung gesamteuropäischer Interessen, die Stabilität der EU eine Schwächung erfahren würde.
- Die EU wird nach einem Beitritt der Türkei kaum noch als Akteur im Nahen und Mittleren Osten auftreten, sondern lediglich in der Rolle eines Betroffenen oder Involvierten.

Europa braucht den Reformvertrag

Die Ablehnung des Reformvertrages von Lissabon durch Irland hat die EU neuerlich in eine äußerst kritische Lage gebracht. Sollte auch der zweite Anlauf der dringend notwendigen EU-Reform scheitern, so würde dies zwar nicht das Ende der Union bedeuten, doch zunehmend die Funktionsfähigkeit der Union beeinträchtigen und dazu führen, dass diese die mit ihrer Schaffung verbundenen Erwartungen kaum mehr entsprechend erfüllen kann. Dies hätte zweifellos auch ernste Konsequenzen für die politische Zukunft der Union.

Die auf 27 Staaten angewachsene EU braucht daher dringend ein effizienteres System europäischer Regierung, das die Problemlösungskapazität der erheblich heterogener gewordenen Union sicherstellt. Dies ist mit dem geltenden Vertrag von Nizza nicht gegeben. Mit dem neuen Reformvertrag wird eine Reihe wichtiger Reformschritte gesetzt, die Arbeit der Union effizienter zu gestalten.

SENIOREN FÜR DIE SOZIALE DIMENSION EUROPAS

Die Senioren Europas fordern eine Neuorientierung der Politik der Europäischen Union, um aus einer reinen Wirtschaftsunion eine soziale Union zu machen. Insbesondere fordern wir von unseren Politikern, sich für eine Reihe von Veränderungen einzusetzen, die den Menschen zeigen, dass sie es sind, die im Mittelpunkt stehen, und dass sie mit ihren Sorgen und Bedürfnissen verstanden werden.

Der technologische Fortschritt, die Globalisierung und die alternde Bevölkerung sorgen für einen Wandel in den Gesellschaften Europas. Die Europäer leben länger und gesünder, in neuen Familienkonstellationen und mit neuen Arbeitsformen.

Allerdings gibt es nach wie vor eine Schattenseite: Noch immer gibt es zu viele Nichterwerbstätige bzw. Arbeitslose und zu viele Schulabbrecher, was dazu führt, dass weiterhin zu

viele Menschen (insbesondere Kinder und ältere Menschen) in Armut leben und sozial ausgegrenzt sind.

Zwar dürfte die Wirtschaft der Europäischen Union aufgrund ihres soliden Fundaments diesem exogenen Schock gut standhalten; jedoch geben jüngste Entwicklungen wie der drastische Anstieg der Lebensmittel- und Ölpreise Anlass zur Besorgnis. Die arme Bevölkerung wird durch diese Entwicklungen überproportional belastet.

Die Sozialpolitik muss mit diesem Wandel Schritt halten, sie muss flexibel sein und auf Veränderungen reagieren können.

Maßnahmen im sozialen Bereich fallen primär in die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten, und die Entscheidungen über solche Maßnahmen müssen möglichst bürgernah, also auf nationaler Ebene oder darunter getroffen werden. Die Befugnisse und Zuständigkeiten der EU in diesem Bereich sind beschränkt. Daher ist die so genannte offene Methode der Koordinierung, die es bereits seit dem Jahr 2000 gibt, weiter auszubauen. Die offene Methode der Koordinierung beinhaltet ein umfangreiches Paket an Maßnahmen und Instrumenten, welche sich von Zielvorgaben, Benchmarks, Identifizierung von „best practices“ sowie regelmäßigen Überprüfungen bis hin zur intensiven Mitwirkung des Rats und der Kommission, Empfehlungen und der Beschlussfassung durch den Europäischen Rat erstrecken. Der zentrale Leitgedanke liegt darin, vom Besten bzw. von den Besten zu lernen und zu profitieren.

Die gemeinsamen sozialen Werte sind ein maßgeblicher Bestandteil der europäischen Identität, da sich der europäische Einigungsprozess von Anfang an auf diese Werte gestützt hat. Die Politik der EU hat eine starke soziale Dimension und eine positive soziale Wirkung.

Der demografische Wandel bringt gesellschaftliche Veränderungen mit sich und erfordert innovative politische Lösungen.

Prognosen zufolge wird die Bevölkerungsgruppe im Alter von 15 bis 64 Jahren bis zum Jahr 2050 um 48 Millionen schrumpfen, während sich der Altenquotient im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt.

Das Verhältnis zwischen der Bevölkerung ab 65 Jahre zur Bevölkerung im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre) beträgt derzeit 1 zu 4 und wird bis zum Jahr 2050 auf 1 zu 2 anwachsen.

Aus dieser Entwicklung ergeben sich folgende Notwendigkeiten:

- Die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen
- Alle Europäer sollten während ihres gesamten Lebens Zugang zur allgemeinen und beruflichen (Weiter-)Bildung haben (z.B. mit Hilfe von Einrichtungen des zweiten Bildungswegs bzw. Angeboten für Lebens begleitendes Lernen.
- Solidarität zwischen Generationen, Regionen, Wohlhabenden und weniger Wohlhabenden sowie zwischen reicheren und ärmeren Mitgliedstaaten.
- Die Bemühungen der Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, die Qualität ihrer Bildungssysteme zu verbessern.
- Die Stärkung der Institution des Europäischen Betriebsrats, um im Falle von Umstrukturierungsmaßnahmen einen wirksamen sozialen Dialog zu gewährleisten.

Länger und gesünder Leben

Der höhere Anteil älterer Menschen an der Gesellschaft erfordert, dass die Politik in verschiedensten Bereichen tätig wird. Das Spektrum reicht von der Unterstützung der Wissenschaft bei der Untersuchung, inwieweit die Informationstechnologie die Gesundheit und das Wohlergehen älterer Menschen verbessern kann, bis hin zur Klärung der Frage, welche Reformen in den Gesundheits- und Pensionssystemen erforderlich sind, um den Bedürfnissen einer alternden Bevölkerung gerecht zu werden, ohne dass dies die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gefährdet.

Die EU sollte den Zugang aller Bürger zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung fördern. Hierbei spielt die Stärkung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung eine wichtige Rolle. Die Patientenrechte müssen klar geregelt sein und es werden Rahmenbedingungen benötigt, die zugleich gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten – unter Berücksichtigung der finanziellen Nachhaltigkeit – weiter eigenständig über ihre Gesundheitssysteme entscheiden können.

Zudem sollte die Mobilität von Patienten und Arbeitskräften durch die Erleichterung der grenzüberschreitenden Interoperabilität elektronischer Patientenakten (unter strikter Einhaltung des Datenschutzes) unterstützt werden.

Die EU sollte die Bemühungen der Mitgliedstaaten unterstützen, um die finanzielle Tragfähigkeit der Sozialschutzsysteme (einschließlich der Gesundheitsvorsorge) sicherzustellen, um für angemessene Pensionen auch in Zukunft zu sorgen, und um die Qualität und die Zugänglichkeit der Dienstleistungen zu erhalten.

Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung

Rund 78 Millionen Europäer, das heißt 16 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU, sind von Armut bedroht. Die Armut trifft insbesondere Arbeitslose, Menschen mit Behinderungen sowie ältere Menschen, und bei Frauen ist das Armutsrisiko unverhältnismäßig hoch.

Selbst ein Arbeitsplatz ist keine Garantie, der Armut zu entkommen, denn bereits jetzt sind 8 Prozent der Erwerbstätigen von Armut bedroht. Aufgrund von Barrieren und mangelnden finanziellen Anreizen sind bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht dazu motiviert oder nicht in der Lage, einen vollen Zugang zu Beschäftigung, Berufsbildung, Wohnraum und Gesundheitsfürsorge zu erlangen. Mit Blick auf die Armutsbekämpfung soll die EU an der Koordinierung der Bemühungen mitwirken, um die aktive Eingliederung (einschließlich der Eingliederung in den Arbeitsmarkt) zu fördern, Arbeit lohnend zu machen und lebensbegleitendes Lernen zu unterstützen, insbesondere bei denjenigen, die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernt sind.

Diskriminierungsbekämpfung

Um Chancen eröffnen zu können, ist es unverzichtbar, Diskriminierungen sowie Rassismus und Fremdenhass systematisch zu bekämpfen.

Die Weiterentwicklung der EU nach 2010 wird Gelegenheit bieten, die Fortschritte bei der Erreichung der Ziele zu überprüfen.

Partnerschaft, Dialog und Kommunikation

Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität für alle lassen sich nur durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den europäischen Institutionen, den Mitgliedstaaten,

regionalen und lokalen Behörden, den Sozialpartnern, der Zivilgesellschaft und anderen Stakeholdern (also Betroffenen), gegebenen Falls einschließlich externer Partner, erreichen.

Die Organisationen der Zivilgesellschaft sollen eine wichtige Brückenfunktion zwischen der Europäischen Union, den Mitgliedstaaten und den Bürgern haben. Die Kommission soll die NROs (Nicht-Regierungs-Organisationen, engl. NGOs) weiter unterstützen, damit sie in der Lage sind, auf EU-Ebene zu agieren und sich aktiv an der Entwicklung um Umsetzung politischer Strategien der EU zu beteiligen.

Auch Unternehmen können in enger Zusammenarbeit mit möglichst vielen anderen durch die jeweiligen Maßnahmen Betroffenen (den so genannten Stakeholdern) aktiv zur Erreichung der Ziele der erneuerten Sozialagenda beitragen, beispielsweise in Bereichen wie der sozialen Eingliederung und der Qualifizierung.

Bürger, Unternehmen und andere Betroffene müssen besser über die von der Europäischen Union gebotenen Möglichkeiten informiert werden.

Ausrichtung aller politischen Maßnahmen der EU auf die Förderung von Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität

Um sicherzustellen, dass alle politischen Maßnahmen der EU auf die Förderung von Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität ausgerichtet sind, ist es von größter Bedeutung, die Entwicklung evidenzbasiert laufend zu überprüfen.

Der EG-Vertrag sieht in seiner derzeitigen Fassung vor, dass die Gemeinschaft bei allen Tätigkeiten darauf hinwirkt, „Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern“. Allgemein besteht Einigkeit darüber, dass die EU bei der Festlegung und Umsetzung politischer Initiativen in allen Bereichen den Zielen der Sozialpolitik und der Notwendigkeit der Bekämpfung von Diskriminierungen jeglicher Art Rechnung tragen sollte. Im Rahmen ihrer Folgenabschätzungen soll die Kommission nach wie vor auch die sozialen Auswirkungen aller wichtigen neuen Initiativen analysieren.

Bei der Ausarbeitung von Vorschriften und Maßnahmen, die den Binnenmarkt betreffen, verfügt die EU bereits über einen ausgeprägten sozialen Reflex. So räumen beispielsweise die Gemeinschaftsvorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe den Behörden umfangreiche Möglichkeiten ein, um bei der Auswahl des besten Angebots, soziale Aspekte einfließen zu lassen. Auch neue Initiativen, etwa die Kontrolle des Einzelhandelsmarktes (einschließlich der Preise und der Qualität von Grundnahrungsmitteln), können eine positive soziale Wirkung haben.

Eine neue soziale Wirklichkeit erfordert neue Antworten. Das Tempo des Wandels ist hoch, und die Politik muss Schritt halten und innovativ und flexibel auf die Herausforderungen der Globalisierung, des technologischen Fortschritts und der demografischen Entwicklung reagieren.

ANHANG ZUM THEMA EUROPA (von Mag. Franz KARL)

Nettozahler – wie schrecklich?!

Liest man die KRONE, so kann man sich fast jeden Tag über einen Leserbrief „freuen“, in welchem weinerlich beklagt wird, dass wir der EU das Geld „hinten hineinschieben“, während bei uns die Leute verhungern und erfrieren.

Der Reformvertrag von Lissabon kommt wegen des irischen Neins nicht, und die Gegner dieses Vertrages können in Ruhe über die Dinge nachdenken, die NICHT kommen: Das Europäische Parlament wird in seinen Rechten NICHT gestärkt. Statt direkt gewählter Mandatare entscheiden weiter die Staats- und Regierungschefs über den Kommissionspräsidenten. Die Grundrechte-Charta, die weit über viele nationale Grundgesetze hinausgeht, ist nirgendwo verankert. Über viele Gesetzesvorschläge wird das Europäische Parlament NICHT mitentscheiden dürfen.

Kaum etwas ändern wird sich bei den Nettozahlungen (Differenz zwischen dem Bruttobeitrag und der Summe der Rückflüsse durch verschiedene EU-Förderungen), denn die sind im Lissabon-Vertrag nicht festgelegt.

Österreichs Bruttobeitrag setzt sich aus Zöllen (nehmen stark ab), Agrarabschöpfungen (um Preise von importierten Agrarerzeugnissen den EU-Preisen anzupassen), Anteil an der harmonisierten Mehrwertsteuer-Berechnungsbasis, Anteil am BIP (Bruttoinlandsprodukt) und Anteil am UK-Rabatt (Rabatt für Großbritannien wegen der geringen Rückflüsse des VKs aus den Landwirtschaftshilfen).

Im Jahre 2007 betrug der Bruttobeitrag 2,218 Mrd. Euro (2 Prozent des EU-Haushaltes – Deutschland zahlt 17,9 Prozent, Frankreich 15,4 Prozent, Italien 12,7 Prozent und Großbritannien 12,2 Prozent). Zu dieser beträchtlichen Summe ist zu bemerken, dass allein an Zinsen für Staatsschulden – ein „Erfolg“ der Kreisky-Ära – Österreich jährlich ca. 7 bis 8 Milliarden Euro zahlt. Zurück flossen 1,5984 Milliarden Euro (Landwirtschaft 1,13 Milliarden €, für strukturpolitische Maßnahmen 264,7 Millionen €, für „Wettbewerbsfähigkeit“ 158,3 Millionen €, für die Verwaltung 20 Millionen €, für Freiheit, Sicherheit und Recht 16,5 Millionen € und für Unionsbürgerschaft 8,9 Millionen €).

Daher betrug der Nettobeitrag 563, 7 Millionen Euro. Bisher am höchsten war der Nettobeitrag im Jahre 1997 mit rund 798 Millionen €. Am wenigsten zahlte Österreich im Jahre 2002 (212,1 Millionen €). Seit diesem Jahr zahlt Österreich nur mehr 25 Prozent des UK-Rabatts; außerdem waren die Rückflüsse wegen der Hochwasserhilfe sehr stark.

Die Angaben über die österreichischen Nettozahlungen der vergangenen Jahre divergieren auf Grund verschiedener Berechnungsarten nach Quellen. Die Gründe dafür sind unterschiedliche Periodenabgrenzungen bzw. Berichtigungshaushalte bei Gutschriften (Nichtausnutzung von EU-Budgets im landwirtschaftlichen Bereich) sowie unterschiedliche Zurechnungen bei privaten Personen (z.B. Forschungsprojekte) zum jeweiligen Mitgliedsstaat. Unsere Zahlen sind von Eurostat und daher die genauesten.

Nun ist eine halbe Milliarde Schilling viel Geld, aber nochmals: Nur ein Bruchteil unseres Zinsendienstes bei den Staatsschulden.

Was ist grundsätzlich der Sinn von Nettozahlungen – einen gewissen Ausgleich zu finden zwischen „reichen“ und „armen“ Nationen. Und wir sind trotz vieler Finanzprobleme eine reiche Nation. Und eine christdemokratische Partei wie die Österreichische Volkspartei sollte in diesem Sinn von TEILEN mit Ärmern doch Verständnis haben.

Daher sollten auch wir Senioren, die wir schlechte Zeiten in den Kriegs- und Nachkriegsjahren erlebt haben, uns zu diesen Zahlungen bekennen!

Denkwerkstatt 2008

BEITRAG VON ARBEITSKREIS 5

„ORF - QUO VADIS?“

Der Umbau des TW1-Programms zum Kulturkanal im öffentlich-rechtlichen ORF

Leitung: *Dr. Irmgard Bayer*

TeilnehmerInnen: *LAbg. A.D. Anton Fürst*
LAbg. Dr. Franz Ferdinand Wolf
Heinz K. Becker

INITIATIVE FÜR EIN ROT-WEIß-ROTES QUALITÄTS-FERNSEHEN

Das österreichische Fernsehprogramm bietet nur wenig qualitätsvolles Angebot an Information und Kultur, oder diese Sendungen werden oft erst spät abends gesendet. Menschen, die zu früheren Tageszeiten ein solches Angebot suchen, müssen auf Arte, Phoenix, ZDF Doku, N-TV oder vergleichbare Sender ausweichen.

Gleichzeitig demonstriert aber der ORF im Hörfunk, dass er in der Lage ist, mit Ö1 mit großem Erfolg ein derartiges Programm zu produzieren und zu bieten.

Der Österreichische Seniorenbund fordert ein österreichisches Fernsehprogramm, das in Anspruch und Programm mit Ö1 vergleichbar ist.

Eine Arbeitsgruppe innerhalb der Denkwerkstatt des Seniorenbundes hat es sich zum Ziel gesetzt, dieses Anliegen zu verfolgen. Damit würde der öffentlich-rechtliche Sender auch seinem Bildungsauftrag nachkommen. Dieser Aspekt geriet in den vergangenen Jahren in der Programmgestaltung mehr und mehr in den Hintergrund.

Das Programm mit Information und Kultur soll nicht nur ein Angebot für Senioren sein, sondern für alle Menschen im Land.

Mit TW 1 steht dafür im Prinzip ein geeigneter Spartenkanal des ORF zur Verfügung. TW1 sendet zurzeit ohne klares Profil ein Programm zwischen Wetter und Sport. Der Sender wird teilweise kommerziell betrieben und kauft seine Inhalte vom ORF zu.

Aufgrund der Konkurrenzsituation zu ausländischen Sendern und wegen der nachlassenden Werbeeinnahmen steht der ORF vor großen finanziellen Problemen. Es gibt Anzeichen für Überlegungen, ORF1 zu privatisieren. Damit würde man dort total auf Quote setzen. ORF2 würde öffentlich-rechtlich erhalten bleiben.

EINE NEUE AUFGABE FÜR TW1

Ungeachtet einer möglichen künftigen Teilprivatisierung setzt sich die Denkwerkstatt des Seniorenbunds dafür ein, dass TW1 in einen Spartensender für Information und Kultur umgewandelt wird. Das würde das österreichische Angebot erweitern, gleichzeitig würde der ORF damit seinem Bildungsauftrag nachkommen.

Für dieses Ziel wurden von Mitgliedern des Arbeitskreises bereits informelle Gespräche u.a. mit Vertretern des ORF-Publikumsrats geführt.

Für die Inhalte des Kultur- und Informationssenders könnte in hohem Maße Archivmaterial genützt werden. Der Sender könnte daher mit relativ geringem Personenstand geführt werden. Möglicherweise würde das jetzige Personal und der jetzige Aufwand für TW1 genügen. Der ORF bekäme damit Programmfläche, bereits vorhandenes wertvolles Sendematerial zu günstigeren Tageszeiten ohne Konkurrenz zur „Quote“ bei den Sendern ORF1 und ORF2 – oder falls die Privatisierung stattfindet – zum verbliebenen Sender auszustrahlen. Außerdem könnten Wiederholungen kostengünstig gesendet werden.

Die aktuell schwierige Finanzlage des ORF erscheint daher nicht von vorneherein als unüberwindbares Hindernis für ein solches Vorhaben. Es könnte zudem auch diskutiert werden, ob und wie weit sich dieser Qualitätssender aus Werbung finanzieren darf bzw. kann. Völlige Werbefreiheit wie bei Ö1 erscheint der Mehrheit der Mitglieder der Arbeitsgruppe nicht als absolute Notwendigkeit.

WEITERE VORGANGSWEISE

Die Arbeitsgruppe schlägt vor, weitere Gespräche mit Vertretern des Publikumsrats und der Öffentlichkeit aufzunehmen, um sie für die Idee „Kultursender TW1“ zu gewinnen. Auch eine öffentliche Präsentation dieses Anliegens wird empfohlen. Die Denkwerkstatt will verstärkt Lobbying für einen Informations- und Kultursender im ORF betreiben. Mit der Spitze des ORF soll sondiert werden, wie dieses Anliegen realisiert werden kann.

Erste Kontakte zeigen, dass das Anliegen der Denkwerkstatt breites Verständnis findet. Auch im ORF selbst wurden schon derartige Überlegungen angestellt.

Im ORF argumentiert man, dass es für eine solche Änderung einen Gesetzesauftrag braucht. Eine der Parteien müsste dafür im Parlament einen Gesetzesantrag unterstützen.

Das ORF-Gesetz lässt gegenwärtig TW1 nur mit jenen Inhalten zu, wie sie derzeit gesendet werden.

Der Arbeitskreis empfiehlt, dieses Anliegen einem größeren Kreis bekannt zu machen und letztlich so durchzusetzen.

ÖSTERREICHISCHER SENIOREN-KONGRESS 2008

**„Auf Zukunftskurs –
die Offensive 60plus“**

Zum dritten Mal bereits werden
die aktuellsten seniorenpolitischen und gesellschaftlichen Erkenntnisse der im Jahre
2005
von Bundesobmann Nationalratspräsident i.R. Dr. Andreas Khol ins Leben gerufenen
„Denkwerkstatt“ des Österreichischen Seniorenbundes
im Rahmen eines ganzen Kongresstages
präsentiert, beraten, diskutiert und weiterentwickelt.

Dem Kongress werden die Grundsatzarbeiten
von über 30 der führenden Experten und Wissenschaftler Österreichs
zur Beratung vorgelegt,
die sich dankenswerterweise ehrenamtlich einbringen.

IMPRESSUM:

ÖSTERREICHISCHER SENIORENBUND
Bundesorganisation

1010 Wien, Lichtenfelsgasse 7
Tel. (01) 40 126 – 152, Fax (01) 40 66 266
E-Mail bundesorg@seniorenbund.at

Koordination & Redaktion:

Univ.Prof. Dr. Gerhart Bruckmann, Dr. Martin Mayr

Mitarbeiter Bundesorganisation:

Susanne Kofler, Mag. Michael Schleifer,
Heinz K. Becker

Mit dem wöchentlichen „SIS“ sind Sie in wenigen Minuten über die aktuelle Seniorenpolitik bestens informiert:

„SENIORENBUND INFO-SERVICE“



SIE BEKOMMEN IHR „SIS“

PER E-MAIL ALS PDF-DATEI SOFORT NACH REDAKTIONSSCHLUSS

Mit Ihrer E-Mail SIS-Ausgabe sind Sie zu allererst informiert. Sie sparen die Zeit, die sonst der Druck+ Postweg der Papierausgabe dauert!

ODER PER POST ALS DRUCKAUSGABE in der Folgewoche!

TOP-CHANCE FÜR SCHNELL-ENTSCHLOSSENE:

Die ersten 100 Besteller erhalten je 1 von Herausgeber Dr. Andreas Khol handsigniertes Exemplar des großen Buches der Denkwerkstatt „DIE FREIHEIT HAT KEIN ALTER“

SENDEN SIE BITTE DEN UNTENSTEHENDEN BESTELL-ABSCHNITT PER POST AN:

ÖSB „SIS“ Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien ODER PER MAIL AN: skofler@seniorenbund.at

JA, ICH BESTELLE HIERMIT MEIN PERSÖNLICHES „SIS“-ABO

(BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN UND ZUTREFFENDES ANKREUZEN)

VORNAME + FAMILIENNAME

ADRESSE

E-MAIL- ABO / E-MAIL-ADRESSE POST-ABO

MOBIL-TELEFON / TELEFON

TÄTIGKEIT / FUNKTION

SENIORENBUND-MITGLIED JA / ORTSGRUPPE NEIN

MEIN „SIS“ E-MAIL-ABO IST IM 1. JAHR GRATIS

WENN MEINE BESTELLUNG BIS 30. NOVEMBER 2008 IN DER ÖSB BUNDESORGANISATION EINLANGT!

FÜR MEIN POST-ABO BZW. E-MAIL-ABO AB DEM 2. JAHR ZAHLE ICH PRO EXEMPLAR NUR 50 CENT ALS MEINEN SYMBOLISCHEN UNTERSTÜTZUNGSBEITRAG ZU DEN ANFALLENDEN KOSTEN FÜR DRUCKPRODUKTION UND PORTO. SONDERAUSGABEN DES „SIS“ WERDEN NICHT VERRECHNET! DIE JAHRES-RECHUNG ÜBER 26 EURO SENDEN SIE MIR BITTE MIT DEM ERLAGSCHEIN.

DAS STORNO MEINES ABOS IST JEDERZEIT KOSTENLOS MÖGLICH!

DATUM

UNTERSCHRIFT